

**ONLINE-PUBLIKATION**

Nils Zurawski

# Krise, welche Krise?

Nachdenken über Krise,  
Kontrolle und gesellschaftliche  
Selbstorganisation

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

NILS ZURAWSKI ist Soziologe, Ethnologe und Kriminologe am Institut für kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Überwachung, Polizei und Sicherheit sowie Stadt- und Raumsoziologie. Er betreibt das Blog [surveillance-studies.org](http://surveillance-studies.org).

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 3/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: April 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

NILS ZURAWSKI

## **KRISE, WELCHE KRISE? NACHDENKEN ÜBER KRISE, KONTROLLE UND GESELLSCHAFTLICHE SELBSTORGANISATION**

«Crisis, what crisis?» betitelte 1975 die Band Supertramp ihr viertes Album. Auf dem Plattencover ist ein Mann zu sehen, in einem Liegestuhl, nur mit Badehose bekleidet, hinter ihm ein gelber Sonnenschirm, auf dem Tisch neben ihm ein Drink, um ihn herum eine Welt in Schwarz-Weiß aus Industrie, Ruinen, rauchenden Schloten – das Ende der Welt, wie es in den 1970er Jahren imaginiert wurde: Atomtod, Umweltzerstörung, Fortschrittskrise.

Dieses Bild ist alles Mögliche, aber auf jeden Fall kein Bild, das die Krise beschreibt, in der wir uns seit dem Jahreswechsel 2020/21 befinden, die sogenannte Corona-Krise. Die Welt draußen ist intakt (wenn man vom generellen Klimawandel mal absieht) – aber: Wir sollen nicht raus, wir sollen das Haus nicht verlassen. Die Welt bleibt zu Hause (wenn sie eins hat), sie kommt zu sich, während wir uns nicht zu nah kommen sollen. Keine Endzeit-Romantik also, in der ein Mann dem Untergang trotzt, sich sein Sonnenbad nicht nehmen lässt und dazu einen Drink nimmt – die Corona-Pandemie fordert Menschen und Gesellschaften, Wirtschaft und Unternehmen, Politik und Zivilgesellschaft auf eine ganz andere Art und Weise heraus. Aber warum tut sie das und was ist das Besondere an der gegenwärtigen Krise, dass viele der ergriffenen Maßnahmen alternativlos erscheinen? Wie kommt es, dass sich Intellektuelle nicht über die Krise selbst, sondern über den Zustand der Gesellschaft nach der Krise Gedanken machen, in der sie eine andere Gesellschaft entstehen sehen? Was wird eigentlich sichtbar, wenn man den jetzigen Zustand als «Krise» benennt? Welche Handlungsoptionen werden dadurch vorgegeben? Im Folgenden möchte ich über ein paar Aspekte der gegenwärtigen Corona-Pandemie nachdenken: über die Art der Situation, die man Krise nennt, die Möglichkeiten des Umgangs mit ihr (und des gesellschaftlichen Überlebens und Widerstehens) und über die Frage, ob hier möglicherweise gerade bestimmte Formen von Kontrolle und Krisenmanagement neu verhandelt werden. Wie wird Gesellschaft im Krisenmodus verstanden und was lässt sich daran über unsere Vorstellung von Gesellschaft ablesen? Um über die Beschaffenheit der Gesellschaft nach der Krise nachzudenken, sollte man zuerst diese Fragen in den Blick nehmen.

### **WAS MACHT CORONA MIT DER GESELLSCHAFT ODER WARUM DAS DIE FALSCHER FRAGE IST**

Die Herausforderungen der gegenwärtigen Situation sind nicht so neu, wie es hierzulande im globalen Norden gerade scheinen mag. Wir kennen zwar die jährlich wiederkehrenden Influenza-Wellen, doch haben Krankheiten wie Aids, Ebola, Malaria, Diphtherie oder Masern, bei uns weitgehend kontrolliert oder zurückgedrängt, Gesellschaften im globalen Süden viel stärker getroffen und dort immer wieder zu sozialen Disruptionen geführt – alles im Übrigen wesentlich gefährlichere Krankheiten als die durch das jetzige Corona-Virus ausgelöste Krankheit COVID-19. Zu gut sind unsere Gesundheitssysteme, zu gut unsere medizinische Forschung, zu sicher und gewiss der gesellschaftliche Alltag in allen seinen Facetten. Pandemieszenarien wurden zwar durchgespielt, wie etwa eine Bundesdrucksache von 2013 belegt (Deutscher Bundestag 2013), vorgesehen war darin aber nicht, vollkommen gesunde Menschen massenweise in eine Art kollektiven Hausarrest zu schicken.

Dabei ist der befürchtete politische Ausnahmezustand in Deutschland noch gar nicht verhängt worden – im Unterschied zu unrühmlichen europäischen Beispielen wie Ungarn und Polen –, vielmehr müssen sich die Menschen hierzulande mit dem Ausnahmezustand des Alltags auseinandersetzen. Die Maßnahmen, mit denen versucht wird, die Pandemie einzudämmen – das heißt, sie zuerst einmal medizinisch in den Griff zu bekommen, damit man sie auch politisch beherrschbar und behandelbar machen kann – sind derart ungewöhnlich, dass bereits zwei Wochen nach Start der Kontaktsperrungen in Deutschland über die Gesellschaft danach spekuliert wird. Welche Entwicklungen können wir bereits sehen und worauf müssen wir uns einstellen. Diese Fragen werden von vielen Seiten, insbesondere aus der soziologischen Ecke, gestellt und auch gleich beantwortet (für einen Überblick vgl. Häckermann 2020). Dabei sind die Antworten so wenig überraschend wie neu. Die Rückkehr des Nationalstaats, um ein Beispiel zu nennen, mag bevorstehen – aber ob Corona die Ursache ist oder eher der Katalysator einer Beschleunigung von Entwicklungen, mit denen sich eine solche Analyse rechtfertigen lässt, bleibt zumeist offen.

Ähnliche Analysen gab es in der Folge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, als die erste Begeisterung über die neue Willkommenskultur der Angst wich, die Populist\*innen schürten, und verstärkt auch von konservati-

ver Seite wieder nationalistische Positionen vertreten wurden, um dem Erfolg der Populist\*innen zu begegnen. Und auch hier wurde vergessen, dass die vollkommen richtige Öffnung der Grenzen 2015 zur Entspannung einer katastrophalen Situation an den Rändern Europas beitrug, die nicht erst 2015, sondern schon Jahre zuvor, spätestens mit dem Kriegsbeginn in Syrien 2011, entstanden war (vgl. Le Monde Diplomatie 2010; Zurawski 2018).

Die entscheidende Frage in der gegenwärtigen Situation, in der es ein soziales Kontaktverbot gibt, das den allgemeinen Alltagsroutinen komplett entgegensteht, viele Geschäfte geschlossen bleiben, Unternehmen in einer Art Notbetrieb arbeiten und es vor allem auch in Deutschland um die Möglichkeiten des Bewegungstrackings geht, ist nicht, welche Gesellschaft wir danach haben werden. Diese Art von Prognosen setzen zum einen viel zu groß an, zum anderen stellen sie überhaupt keine Fragen. Darum aber müsste es gehen. Wenn von einer Krise gesprochen wird, die sozial so disruptiv sein könnte, dass sich unsere Gesellschaft an deren (hoffentlich baldigem) Ende vielleicht selbst nicht mehr wiedererkennen könnte, dann zwingt das doch zu der Frage: Wie und warum konnte das passieren? Was hat nicht funktioniert in der Gesellschaft, im sozialen Miteinander auf allen Ebenen, dass die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie derart als Störungen des Alltags erlebt werden, dass sie zum vermeintlichen Zusammenbruch gesellschaftlicher Gewissheiten führen könnten? Gewissheiten, die am Ende der «Krise» nicht wieder zurückkommen könnten. Ist unsere Gesellschaft so empfindlich und störungsanfällig? Sollte die Krise die Gesellschaft nicht im Kern auf den Kopf gestellt haben, dann muss man auch fragen, warum das der Fall ist.

Bevor ich also daran denke, was Corona mit der Gesellschaft macht – eine Frage, die nach meinem Gefühl ohnehin an dem Wesen von Gesellschaft vorbeigeht, weil sie Gesellschaft als etwas Passives darstellt –, fordert die Krise doch viel eher dazu heraus zu fragen, was Gesellschaft eigentlich ausmacht, welche Routinen und Selbstverständlichkeiten gestört werden und wodurch. In einer Krise dieses Ausmaßes zeigt sich ohne Zweifel, wo Gesellschaft anfällig sein kann. Es kann sich aber auch zeigen, welche Ressourcen die Menschen nutzen und nutzen könn(t)en, um mit entsprechend stressvollen Situationen umzugehen. Es wundert mich daher schon, dass der vor wenigen Jahren im Zusammenhang mit der Gefahr terroristischer Anschläge viel bemühte Begriff der Resilienz, etwas vereinfacht begriffen als Widerstandsfähigkeit, jetzt kaum thematisiert wird. Die simplen Fragen, die dahinterstehen, sind:

- Wie viel Krise erträgt eine Gesellschaft über welchen Zeitraum, ohne dass sie darunter zusammenbricht und ihre Strukturen, Beziehungen und Institutionen nachhaltig geschädigt sind?
- Weiterhin: Was sind die Elemente, auf die Gesellschaft zurückgreifen kann, um Krisen zu überstehen?
- Und schließlich: Inwiefern kann Gesellschaft ohne Protest – sei es gegen einzelne Maßnahmen wie das Verhalten der Polizei, Tracking-Apps, Ausgehsperrungen oder den Zustand eines Lockdowns insgesamt – bestehen?

Dass man sowohl über die verhängten und avisierten Maßnahmen, im Falle der Tracking-App über den möglichen Widerspruch zwischen Pandemiebekämpfung und Datenschutz, als auch über den Begriff der Krise und welche Konsequenzen aus seiner Verwendung erwachsen kritisch diskutieren muss, ist selbstverständlich – auch und gerade mitten in der Krise. Ich bin mir bewusst, dass solcherlei Ansinnen bestenfalls mit Kopfschütteln, schlimmstenfalls mit aggressiver Ablehnung begegnet wird. Eine skeptische, kritische Auseinandersetzung jenseits immunologischer oder virologischer Fragestellungen – zu Letzteren kann ich selbst fachlich wenig beitragen – ist nicht nur angebracht, sondern grundsätzlich erforderlich. Denn eine Pandemie wie die jetzige, ausgelöst durch das Virus Sars CoV-2, ist mehr als nur ein medizinisches Problem, viel eher könnte und sollte man von einer bio-epidemiologisch-techno-sozialen Problemlage sprechen. Der Historiker Malte Thießen nennt deshalb Seuchen auch «die politischsten aller Krankheiten und ein gesellschaftliches Problem par excellence» (Thießen 2014: 8). Bei der Bekämpfung von Seuchen, so Thießen weiter, würden sich «die Aushandlung sozialer Normen und Ordnungen, gesellschaftliche Ängste und Hoffnungen wie unter einem Brennglas bündeln» (ebd.: 11).

Auf einige dieser Normen, Ordnungen, Ängste und Hoffnungen möchte ich im Folgenden eingehen, um etwas genauer hinzuschauen, welche Arten von politischen, sozialen oder institutionellen Routinen zurzeit eigentlich gestört sind. Zum einen werde ich einen Blick auf das Konzept von Resilienz werfen, das bislang vor allem in Verbindung mit (staatlicher) Sicherheit thematisiert wurde, das aber auch ein interessantes Konzept sein kann, um über gesellschaftliche Ressourcen in einer Krise nachzudenken – und über die Möglichkeiten, diese zu stärken. Hier spielen insbesondere die bereits erwähnten (in der Krise gestörten) Alltagsroutinen eine wichtige Rolle. Zum anderen möchte ich anhand der Diskussion um Tracking-Apps über die thematisierten Ängste vor einer möglichen Ausweitung von Überwachung nachdenken und fragen, ob sich im Hinblick auf den Umgang mit der Technologie bzw. die Diskussion über ihre Möglichkeiten etwas zu den Strukturen von Überwachung und Kontrolle aussagen lässt.

Doch zunächst möchte ich kurz einen Blick darauf werfen, in welcher Art von Krise wir uns überhaupt befinden und warum diese Situation gesellschaftliche Gewissheiten so auf den Kopf zu stellen scheint, dass die Angst,

die Gesellschaft könne nach der Krise anders sein als vorher, so viel Raum in der Diskussion einnimmt. Zu fragen bleibt dabei auch, was wir unter «Gesellschaft» verstehen: Geht es um Gesellschaft als soziologischen Begriff, als Bezeichnung für theoretische Grundannahmen über Sozialität überhaupt? Oder ist doch eher die bundesdeutsche Gesellschaft gemeint? Oder geht es um Gesellschaften im Plural, also die europäischen oder asiatischen, gerade weil Corona ein globales Phänomen ist, das die vernetzte Weltgesellschaft betrifft? Unter dem Vorbehalt dieser Ambivalenz sind die folgenden Gedanken zu lesen.

## WAS FÜR EINE KRISE ÜBERHAUPT?

Krise ist, was als Krise benannt wird, könnte man in Anlehnung an Versicherheitsthesen der Kopenhagener Schule oder der kriminologischen Labeling-Theorie sagen (vgl. Buzan u. a. 1998; Kunz/Singelstein 2016: 167 ff., zur Grippe vgl. in diesem Zusammenhang auch Hall/Wolf 2019). Und wenn alle mitmachen und diese Aussage als legitim, vor allem aber als handlungsleitend ansehen, dann ist eine Krise eine Krise. Grundsätzlich ist dabei etwas in den Erwartungssicherheiten von Gesellschaft gestört, das die Menschen daran hindert, ihrem Alltag in gewohnter Weise nachzugehen. Der Soziologie Sven Opitz beschreibt in einem Interview die Krise sehr passend als eben diese Lage, «in der sich Erwartungssicherheiten, die für die Herstellung sozialer Ordnung wesentlich sind, überhaupt nicht halten» (Opitz 2020: 9).

Erwartungsunsicherheiten werden vor allem dadurch hervorgerufen, dass die Situation als solche unübersichtlich ist, sich schnell verändert, nächste Schritte unklar, Informationen immer nur vorbehaltlich und oft auch widersprüchlich sind. Die Art der Verunsicherung ist vielleicht genau der Kern einer Krise, der am schwierigsten auszuhalten ist, an dem sich möglicherweise die Schwere einer Krise, wenn man es denn so nennen will, am ehesten ablesen ließe. Ein Schlüssel zur Beurteilung des Umgangs mit einer Krise könnte also auch sein, inwieweit Gesellschaft fähig ist, mit diesen Ambivalenzen umzugehen, diese auszuhalten und trotzdem einem Alltag rational nachzugehen.

Wie oben bereits kurz erwähnt, muss die Corona-Krise als eine globale bio-epidemiologisch-techno-soziale Problemlage verstanden werden, in der es mehr Widersprüche auszuhalten gilt als sonst. Zur Besonderheit der gegenwärtigen Krise gehört es, dass durch das verordnete sogenannte *social distancing* alle alltäglichen Praxen entfallen, sich gemeinsam als Gruppe über Krisenbewältigungsstrategien zu verständigen und zu organisieren. Die Hauptmaßnahme zur Überwindung des medizinisch-epidemiologischen Teils der Krise besteht in der Beschneidung von Sozialität schlechthin. Nicht gemeinsam gegen die Krise, sondern jede\*r für sich. Was gemäß neoliberaler Weltsicht in den hoch individualisierten Gesellschaften Europas und Nordamerikas zum gesellschaftlichen Tagesgeschäft gehören sollte, stellt sich nun als enorm schwierig dar und zeigt, dass Gesellschaft doch mehr zu sein scheint als eine Ansammlung von nur für sich selbst verantwortlichen Individuen. Eine desozialisierte Gesellschaft ist eben nicht denkbar – auch wenn knapp zwei Monate möglicherweise zu kurz sind, um an der aktuellen Situation langfristige Entwicklungen ablesen zu wollen.

Darüber hinaus scheint mir, dass es vor allem ein anderer Aspekt der fortgeschrittenen Individualisierung ist, der die Situation so schwierig, für manche gar katastrophal erscheinen lässt: Individualisierung ist mit einem Versprechen von Freiheit verknüpft. Freiheit der Bewegung, Freiheit der Persönlichkeit, Freiheit des Konsums, Freiheit des Ausdrucks. Besteht Gesellschaft schon immer in der Aushandlung zwischen individuellen Freiheiten und gesellschaftlichen Notwendigkeiten, so wird dieses Spannungsverhältnis momentan zur Kernerfahrung. Und wenn dann gleichzeitig vor allem Unklarheit über das Virus, die Krankheit, seine Gefährlichkeit, die zu ergreifenden Maßnahmen, erprobte Problembewältigungsstrategien und die Lage ganz allgemein herrscht, dann wird die Situation als besonders krisenhaft empfunden.

Dabei sind drei Aspekte zentral. Zum einen die erwähnten Unklarheiten über das Virus und seine Auswirkungen selbst. Und da verwirren die vielen Statistiken mehr, als dass sie helfen, einen guten Überblick zu bekommen. Präsentiert werden sie wie die täglichen Musik- oder Börsencharts, vermeintliche Ausdrücke einer Leistung – der Eindämmung des Virus (unsere Leistung) oder der Ausbreitung (die «Leistung» des Virus). Beides kann man als Siegeszug lesen, beides ist die falsche Analogie. Vor allem aber werden Virus und Krankheit durch die Statistiken überhaupt erst sichtbar. Was ausgewählt wird, um die Statistiken zu erzeugen, welche Maßstäbe, Zahlen und Bewertungen herangezogen werden, entscheidet auch über die Art und Weise, wie das Phänomen wahrgenommen wird. Keine Statistiken zu nutzen, um nicht zu beunruhigen, ist in einer Welt von Social Media und globaler Vernetzung so nicht mehr denkbar. Umso mehr kommt es auf den Umgang mit diesen Zahlen und ihren Visualisierungen an.

Der zweite Aspekt betrifft die Globalität. Das Virus ist überall. Die Vernetzung der Welt hat dazu geführt, dass der Transport des Virus über Menschen nahezu unvermeidbar gewesen ist und mehr oder weniger alle Regionen der Erde gleichermaßen betrifft. Es gibt weder einen Rückzugsort vor dem Virus – außer den eigenen vier

Wänden –, noch hilft es, Mauern zu bauen, sich abzuschotten. Die Verbreitung erscheint unausweichlich, weil die Vernetzungen und die wechselseitigen Abhängigkeiten weltweit nur schwer auszusetzen sind.

Der dritte Aspekt betrifft den Glauben an den technologischen Fortschritt, der mit dem Mangel an geeigneten Mitteln zur Behandlung oder Ausrottung des Virus empfindlich gestört wird. Eine schnelle technologische Lösung, nicht einmal als Provisorium, ist in absehbarer Zeit zu haben und unterstreicht die eigene Hilflosigkeit. Diese Hilflosigkeit trifft Gesellschaften, die es, vor allem im globalen Norden, gewohnt sind, technische Lösungen für alles zu finden.

So gesehen kann man die gegenwärtige Situation als die Krise eines Fortschrittsglaubens betrachten, in der die gesellschaftliche Gewissheit technologischer Machbarkeit und damit der Beherrschbarkeit von Welt gestört wird. Das, so könnte man anmerken, sei auch im Falle von Vulkanausbrüchen der Fall, da auch diese nicht verhinderbar sind. Die Auswirkungen sind aber in den seltensten Fällen global, sie betreffen immer nur bestimmte Regionen, nie alle gleichzeitig. Zudem lassen sich entsprechende Vorkehrungen treffen. Wenn die Krise ein Seismograph des Sozialen ist (Thießén 2014), in der vor allem dort Disruptionen sichtbar werden, wo bisher nur nicht so genau hingeschaut wurde, weil es dafür keinen schwerwiegenden Anlass gab, dann wird in der gegenwärtigen Situation der Corona-Krise deutlich, dass ein ungebremsster Fortschrittsglaube, der auf die immer nächste Technologie setzt, mehr Probleme bereitet als löst. In Bezug auf die gegenwärtige Situation spricht Malte Thießén (2020) von der «Gesundheit als wohl dem letzten Fortschrittsversprechen der Moderne», das bis heute nichts an Strahlkraft verloren hat. Und es sind, so folgert er, ironischerweise die medizinischen Erfolge bei der Bekämpfung von Krankheiten, die Corona als nahezu unausweichliche Katastrophe erscheinen lassen.

«Wir leben heute im Zeitalter der Immunität und haben die Vorstellung verinnerlicht, dass wir vor Infektionskrankheiten sicher sind. Noch in den 1960er Jahren waren Infektionskrankheiten auch im Alltag der Bundesdeutschen durchaus präsent. Die «Kinderkrankheiten» waren lange Zeit eben keine Verniedlichung, sondern Ausdruck der Allgegenwart von Seuchen mit vielen Opfern gerade unter den Jüngsten. Seither sind wir dank systematischer Präventions- und Impfprogramme weitgehend gefeit vor Seuchen. Auf den Punkt gebracht: Wir sind ein Stück weit Opfer unserer medizinischen Erfolge, die uns in falscher Sicherheit wiegen.» (Thießén 2020)

Damit ist auch ein Anschluss der Corona-Krise an die momentan in den Hintergrund geratene Klimakrise möglich,<sup>1</sup> denn grundsätzlich berühren beide den Nimbus technologischer Machbarkeit. Außerdem ist auch bei der Corona-Krise ähnlich wie bei der Klimakrise, die auch eher auf die Schwierigkeit ihrer Problemlösung verweist sowie auf die von uns gestalteten Lebensräume und -kulturen, die Ökologie ein wichtiger, wenn auch wenig beachteter Faktor. Das Argument des Biologen Manfred Niekisch (2020) ergibt zumindest in diesem Zusammenhang Sinn, wenn er darauf hinweist, dass Vorsorge vor dem nächsten Virus nicht nur genügend Betten und Personal, sondern auch einen besseren Umgang mit der Natur verlangt. Denn eine geringere Artenvielfalt und Biodiversität können auch die ökologischen Regulierungsmechanismen schädigen, ohne die solche Viren überhaupt entstehen und sich entsprechend verbreiten können (vgl. dazu auch Settele/Spangenberg 2020). Menschliche Gesellschaften, das wird durch Corona deutlich, wenn auch wenig thematisiert, müssen sich als Teil der Ökologie begreifen – und das gilt auch in der Klimadebatte, nur fehlt dort die Dringlichkeit, mit der dieses Argument seine Wirkung entfalten kann.

Zudem sollte bei der Frage nach der Krise nicht vergessen werden, dass eine Katastrophe verschiedene Mitglieder einer Gesellschaft unterschiedlich trifft. Zwar gelten die in der Corona-Krise ergriffenen Maßnahmen für alle, doch sind die Lebensumstände dermaßen unterschiedlich, dass soziale Ungleichheiten und die damit verbundenen soziale Härten zurzeit besonders deutlich werden. In der Arbeitswelt war schnell klar, wer zu Hause bleiben kann und wer rausgehen muss. Systemrelevant sind nun doch plötzlich jene, die vielfach, nicht überall, in den unteren Gehaltsgruppen zu finden sind. Ein Autorenteam zeigte in der Wochenzeitung *Die Zeit* (vgl. Pausch u. a. 2020) ziemlich treffend auf, wo diese Ungerechtigkeiten liegen, etwa bei der Bezahlung derjenigen, die in der Corona-Krise als systemrelevant gelten, wie Pflege- und Reinigungskräfte, viele von ihnen Frauen. Außerdem sind durch das Virus vor allem diejenigen Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet, die aufgrund ihrer sozialen Lage eh schon einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind.

---

1 Obschon es nahe läge, wäre ein Analogie dabei wenig erhellend, wie die Soziologin Anita Engels ausführt (vgl. Engels 2020).

## RESILIENZ IN ZEITEN GESTÖRTER ALLTAGSROUTINEN

Resilienz war vor wenigen Jahren noch so etwas wie ein Zauberwort in der Sicherheitsforschung. Das zeigen unter anderem die entsprechenden Ausschreibungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung oder die Calls innerhalb des «Horizon 2020»-Programms der Europäischen Union. Was mit dem Begriff Resilienz genau gemeint war, blieb dabei immer recht unklar. Oft ging es um Angriffe von außen, um die Gefährdung des Staates durch Terrorakte oder Katastrophen größeren Ausmaßes, häufig verbunden mit der Zerstörung von Infrastruktur und der Disruption des gesellschaftlichen Lebens. Vor allem ging es in vielen Szenarien dieser Forschungen aber immer darum, was getan werden kann, um eine Gesellschaft resilienter, also widerstandsfähiger angesichts solcher Bedrohungen von außen oder innen zu machen (vgl. Bonß 2015). Ob Resilienz auch im Hinblick auf die Bewertung des gesellschaftlichen Umgangs mit der Corona-Krise und seinen Konsequenzen ein sinnvoller Analysebegriff sein kann, möchte ich als Nächstes kurz diskutieren.

Entscheidend an der Karriere des Begriffs ist der Wandel von der Fortschrittsgläubigkeit und der Allmacht der Technologie als Elemente steten gesellschaftlichen Wachstums hin zur Bewertung von Technologie als einem Element des Risikos. Die Risikogesellschaft, wie sie von Ulrich Beck (1986) skizziert und thematisiert wurde, ist zunehmend zum Leitbild gesellschaftlicher Dynamik geworden. Damit geht auch eine Hinwendung zu ziviler Sicherheit im Zeitalter des Risikos einher, die sich in den Forschungsprogrammen niederschlägt, die mit dem Begriff Resilienz allerdings weitgehend unreflektiert umgehen. Im Zentrum der Forschungen steht die Resilienz von ganzen Systemen – vornehmlich von Öko-, aber auch von Wirtschafts- oder letztlich auch von sozialen Systemen. Resilienz beschreibt somit die Fähigkeit von Menschen oder Systemen, nach einem Schock zurückzukommen, Schaden zu verarbeiten, ohne dabei die Handlungsfähigkeit insgesamt zu verlieren. Sollte man eine anschauliche Metapher suchen, dann bietet sich das Bild des Boxers an: Wie viel kann ein Boxer an Schlägen einstecken und trotzdem stehenbleiben bzw. wieder aufstehen? Im Hinblick auf Gesellschaften geht es, so definiert es Adger (2000; auch Holling 1973), um die «ability of communities to withstand external shocks to their social infrastructure». Was genau damit gemeint ist, bedarf der weiteren Definition durch die gesellschaftlichen Akteure, auch weil Risiken und Krisen von der Wahrnehmung abhängig sind und weit davon entfernt sind, unabhängige Größen zu sein.

Eine in diesem Zusammenhang wichtige Diskussion knüpft an die Sozialökologie an und konzentriert sich auf den gesellschaftlichen Umgang mit Risiken, Unfällen, disruptiven Veränderungen und Veränderungsprozessen in der Gesellschaft. Endreß und Rampp (2014) begreifen Resilienz als Teil des sozialen Wandels und somit als ständigen Prozess, der auf die «bestandserhaltende Veränderung einer sozialen Einheit aufgrund «eigener» Potenziale» verweist. Diese sind, so die Autoren, nicht als a priori verfügbare Ressourcen zu konzipieren. Auch sind ihre Effekte und die resultierenden Prozessdynamiken nicht abschätzbar. Die Autoren führen dafür den Begriff der «transformativen Autogenese» ein, der den Aspekt der gesellschaftlichen Selbstorganisation beinhaltet.

Wie Gesellschaften mit der Corona-Krise und den verordneten Maßnahmen umgehen, ist auch deshalb die viel interessantere Frage als die, was «das Virus» mit «der Gesellschaft» «macht», weil die Strategien im Umkehrschluss zeigen, was Gesellschaft zusammenhält und stark macht. Im Sinne einer Vorbereitung geht es dabei um jene Ressourcen, die im Falle einer Krise aktiviert werden können. Dass es sich dabei allein um die Vorbereitung in materieller (Krankenbetten, Ausrüstung, Medikamente) und gouvernementaler (gesetzliche Regelungen, Befehlsketten, Verantwortlichkeiten, Pandemiepläne) Hinsicht handelt, ist auszuschließen. Denn so etwas wie gesellschaftliche Solidarität lässt sich nicht verordnen, auch wenn es Aufrufe und Appelle an die Bevölkerung gibt, Solidarität zu üben. Vielmehr geht es dabei um den Rückgriff auf ohnehin bestehende Ressourcen, die Solidarität als Handlungsmöglichkeit vorsehen. Damit verbunden ist die Erfahrung eigener Wirkmächtigkeit, die vielfältigen Möglichkeiten zu nutzen, sich abseits vom und auch gegen den Machtzugriff des Staates zu organisieren und zu solidarisieren.

## PREPPER: KRIEGSRHETORIK UND UNSOLIDARISCHE RESILIENZ

Dass Vorbereitung allein nicht nur positiv ist, zeigt die Szene der Prepper, die sich selbst wahrscheinlich für resilient im Sinne eines Überlebens hält. Im Grunde aber haben sich diese Menschen nicht nur geistig, sondern auch im wahren Sinne des Wortes verschanzt, wännen Feinde überall und sehen sich in einem Krieg. Allein aus diesem Grund ist jegliche Kriegsrhetorik abzulehnen, mit der versucht wird, aus einem epidemiologischen Notstand inmitten einer Pandemie einen Zustand des Kampfes zu machen (vgl. dazu Gordeeva 2020). Entsprechend ist der Blick der Prepper auf andere und auf Gesellschaft insgesamt geprägt von einem Denken in antagonistischen Kategorien, das ein Miteinander ausschließt. Ihr Faible für autoritäre Strukturen, für Gewalt und

Diskriminierung ist konsequent in ihrer Weltsicht, aber eben auch ihre eigene Falle. Selbstorganisation als Ressource für eigenwirksames und gleichzeitig solidarisches Handeln, das auf Gemeinsamkeiten setzt und im weitesten Sinne mit der Zivilgesellschaft assoziiert werden kann, scheint mir hier der bessere Ansatzpunkt zu sein. Auf die gegenwärtige Krise bezogen ist deshalb zu fragen, welche Dinge, Aspekte und Institutionen in der Gesellschaft für einen besseren Umgang mit der Situation bereitgestellt werden können. Da sich die Corona-Krise für die meisten Menschen weniger als medizinische Krise präsentiert, sondern eher als eine, in der unsere Alltagsroutinen gestört werden, müsste sich ein forschender Blick hierauf richten. Welche Freiheitsrechte wurden wie eingeschränkt, wie wurde mit Macht und Herrschaft in der Krise umgegangen und wer hat an Einfluss gewonnen? Wie wurde Wissen kommuniziert und wie Solidarität gelebt, ausgebaut oder eingeschränkt? Wie gehen die verschiedenen Regierungen mit der Krise um, wie verhält sich die Polizei, welche ohnehin vorhandenen autoritären Strukturen und Verhaltensweisen brechen sich Bahn? Welchen Bedeutungswandel hat Sicherheit in der Krise erfahren, nun gekoppelt an Gesundheit und Sozialität und welche disruptiven Auswirkungen haben diese Veränderungen auf unsere Gesellschaften?

Die Versicherheitlichung vieler Lebensbereiche sowie die gleichzeitige Verunsicherung der Bevölkerung sind kein Widerspruch, sondern stellen den Kern des Programms dar, so Welsh (2014), mit dem in Zeiten von Krisen Herrschaft vermittelt und ausgeübt werden kann. Die Krise erzeugt Notwendigkeiten, die alle Maßnahme der Sicherung verständlich und akzeptabel machen. Ob diese Maßnahmen aber letztlich zu einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit im Sinne einer Systemerhaltung führen, muss offenbleiben, da man auch überbordende Sicherheits- und damit einhergehende Überwachungsmaßnahmen als Schock begreifen kann, der der Gesellschaft und deren soziale Integration zu beeinträchtigen vermag.

Das Begriff Resilienz ist für die Analyse einer Krise hilfreich, wenn darunter mehr verstanden wird als das Ausmaß an politisch-technisch-infrastruktureller Vorbereitung auf eine krisenhafte Situation. Auch wenn es in Krisen zu einem guten Teil um die Aufrechterhaltung oder auch Rettung eines Status quo geht, bei dem zur Zielerreichung außergewöhnliche Mittel eingesetzt werden können, so sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass Krisen einen transformativen Charakter haben können. Resilient zu sein bedeutet dann nicht, für alles eine Lösung parat zu haben, schon gar nicht in technischer Hinsicht (vgl. zur Kritik eines Solutionismus hier z. B. Nachtwey/Seidl 2017). Die Aufrechterhaltung einer kritischen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessen in einer Krise, die in der Regel einerseits von einer Politik geprägt ist, die sich auf wenige Felder konzentriert, andererseits von technokratischen Krisenbearbeitungen, wäre ein anderes mögliches Indiz für Resilienz. Gesellschaft würde hier beteiligt an der Bewältigung einer Krise und wäre nicht nur Zuschauer ihrer eigenen «Rettung». Der weitverbreitete Glaube, autoritäre Strukturen wären der Schlüssel zur Bewältigung einer Krise, ist nicht überzeugend. Auch fehlt hierzu der empirische Beleg. Vielmehr haben anthropologisch-soziologische Forschungen zu gesellschaftlicher Selbstorganisation immer wieder gezeigt (vgl. u. a. Sigrist 1994; Amborn 2016; Haude/Wagner 2019), dass sich Gesellschaften, die nicht durch zentrale Herrschaftsstrukturen bestimmt sind, sondern in denen Macht auf vielen Ebenen verteilt ist und Konsensmodelle ganz anderer Art gepflegt werden, als durchaus widerstandsfähiger erwiesen haben, insbesondere in Krisen. Insofern könnte man auch davon ausgehen, dass (finanziell und infrastrukturell) gut ausgestattete Systeme, die Offenheit zulassen und über Ressourcen jenseits etablierter Macht- und Herrschaftsstrukturen verfügen – beispielsweise in Form einer gut organisierten und starken Zivilgesellschaft –, widerstandsfähiger und in Krisen stabiler sind. Das zu bestimmen wäre die Arbeit der Sozial- und Kulturwissenschaften, diesseits von vagen Prognosen über die Beschaffenheit von Gesellschaft nach einer Krise, zumal an ihnen wenig von den Potenzialen der Transformation selbst abzulesen ist.

Die Diskussion über den Einsatz von Tracking-Apps ist ein Beispiel, an dem sich zeigen lässt, wie Sicherheit, Gesundheit, Bürgerrechte und eine kritische Bestandsaufnahme der geplanten Maßnahmen ineinandergreifen – in Deutschland ebenso wie weltweit mit sehr unterschiedlichen Herangehensweisen. Ich behaupte nicht, dass diese Diskussion ein Beweis für Resilienz ist. Ich wage aber zu sagen, dass die Unterbindung einer solchen Diskussion ein Indiz für eine Fehlentwicklung sein kann, die auf strukturelle Probleme hinweist, die im Sinne einer offenen Kommunikation in Krisenzeiten zu einem noch viel größeren Problem werden könnte, unter anderem dadurch, dass das Vertrauen in bestimmte Akteure leidet oder komplett erodiert (vgl. Hall/Wolf 2019). Letztlich würde sich hieran zeigen, ob eine Gesellschaft fähig ist, mit Ambivalenzen und Widersprüchen konstruktiv umzugehen, die ein prägendes Zeichen solcher Krisenzeiten sind.



# ÜBERWACHUNG UND GESELLSCHAFTLICHE KONTROLLE IN EPIDEMISCHEN ZEITEN

Epidemien haben grundsätzlich etwas mit Überwachung und Beschränkung zu tun (vgl. u. a. Opitz 2016). Das liegt nicht in ihnen selbst, ist also nicht ausschließlich medizinisch begründet, sondern hat vor allem politische und soziale Gründe. Von der Weltgesundheitsorganisation bis hin zu den einzelnen Infektions- und Seuchenschutzgesetzen vieler Länder geht es vor allem darum, auftretende Seuchen mit entsprechenden Maßnahmen einzudämmen. Dazu gehören immer auch Meldepflichten, Monitoringstrukturen, Überwachungstechniken und Pläne, mit denen diese Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Diese Art der Gesundheitsvorsorge und Seuchenbekämpfung ist, wie bereits ausgeführt, eine Fortschrittserrungschaft der Moderne (vgl. dazu Armstrong 1995). Es wäre ungewöhnlich, wenn ausgerechnet unter den digitalen Bedingungen von Gesellschaft die entsprechenden Überwachungs- und Monitoringpraktiken nicht zur Anwendung kämen. Und in diesem besonderen Fall sind die abzuwägenden Optionen besonders perfide: Gesundheit oder Privatsphäre? Letztere ist in verschiedenen Infektionsschutzgesetzen ohnehin teilweise suspendiert, wenn etwa eine Meldepflicht für bestimmte Krankheiten besteht. Nun aber geht es um die Überwachung einer ganzen Bevölkerung (vgl. Wimmer 2020; Lobe 2020; Schwartz/Crocker 2020; Harari 2020), wobei die Informationen nicht nur zentral gesammelt, sondern auch direkt an Menschen in der jeweils näheren Umgebung weitergegeben werden können, ermöglicht durch Smartphone-Technologie, die auch heute schon in anderen Zusammenhängen Anwendung findet. Dabei geht es vor allem um Programme, die über Lokalisations-Services und -Techniken verfügen und auf diese Weise Informationen über und für Nutzer\*innen bereitstellen: Wo finde ich das nächste Schuhgeschäft? Oder den zu mir passenden Dating-Partner? Die damit verbundenen Datenschutzprobleme werden schon seit Langem diskutiert, nicht erst im Kontext einer Tracking-App.

Der massenhafte Gebrauch solcher Angebote, nicht nur zu Konsumzwecken, sondern insbesondere auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge (vgl. Nosthoff/Maschewski 2019), ist wenig überraschend. Und so könnte auch eine Corona-Tracking-App als Angebot sehr leicht von der Bevölkerung angenommen werden: Zur Dokumentation und digitalen Vermittlung von Alltagspraxen durch andere Anwendungen kämen nur ein paar weitere Daten hinzu (vgl. Zurawski 2020). Und es scheint, als wäre Tracking im Zusammenhang mit Ansteckungs- und Krankheitsrisiken in besonderer Weise gerechtfertigt, weil sich die Überwachung nicht gegen spezifische Gruppen von Menschen richtet. Auf den ersten Blick findet also keine Diskriminierung entlang der üblichen Kategorien wie Alter, Geschlecht, vermutete Herkunft, Kaufkraft oder Bonität statt. Andererseits kann auch Krankheit zu Diskriminierung führen, wenn infizierte Menschen oder ein bestimmtes Verhalten, das ein Ansteckungsrisiko birgt, als Sicherheitsprobleme eingestuft werden. Welche Auswirkungen eine Corona-App haben würde, ist aufgrund der vielen Unklarheiten noch nicht abzusehen – hinzu kommt, dass eine unbekannte Krankheit die Fantasie der Menschen belebt, insbesondere ihre diffusen Ängste. Zwar wird täglich mehr über die Krankheit, das Virus und seine Ausbreitungswege bekannt, aber insgesamt ist das Wissen in der Bevölkerung, aber auch in der Politik eher diffus. Die Krankheit verbreitet sich schleichend, jeder kann Träger\*in sein und ist somit eine potenzielle Gefahr. Zu wissen, wo sich wer zu welchem Zeitpunkt aufgehalten hat, und die Bewegungen dann sehr konkret nachzuvollziehen ist extrem reizvoll. Ob ein solches Wissen tatsächlich zu einer besseren Bekämpfung der Infektionsepidemie beitragen kann, ist nicht gesichert, auch wenn dem Vernehmen nach die Erfahrungen in Singapur oder Südkorea mit Apps dieser Art gut sind.<sup>2</sup> Die schnelle Isolierung von Kranken kann ihnen selbst helfen und andere schützen. Zwar lassen sich über Aufenthaltsdaten und Mobilitätsprofile sehr gut Karten erstellen, in denen Hotspots auszumachen sind. Es ist jedoch analog zur Diskussion um die Vorhersage-Algorithmen beim sogenannten *predictive policing* auch hier wichtig zu erkennen, dass Daten nicht Wahrheiten sind, sondern Bausteine, auf deren Grundlage Wirklichkeit konstruiert wird (vgl. Egbert 2017; Ferguson 2017; auch Zurawski 2014). Daten als solche liefern keine Analysen, sie erklären sich nicht von selbst. Deshalb ist Datenschutz zwar das augenscheinlichste Problem in der Diskussion, die Verbindung von Daten, Interpretation und Wissen scheint mir aber das wichtigere Thema zu sein. Karten, in denen Ansteckungsräume identifiziert und dargestellt werden (womöglich auch in Echtzeit), sind eine unzulässige Übertragung von individuellen körperlichen Merkmalen auf einen räumlichen Maßstab. Auch wenn es Zusammenhänge zwischen Hotspots und erkrankten Menschen gibt, so erfassen Karten dieser Art nur ein zeitlich-räumliches Zusammenreffen, eine Gleichzeitigkeit, lassen aber keine Aussagen über kausale Zusammenhänge zu.

Was wie eine sehr gute Idee klingt, die sich angesichts nahezu flächendeckender digitaler Nutzungskulturen und -gewohnheiten wohl auch leicht umsetzen ließe, bedarf einer kritischen Betrachtung und Auseinandersetzung. Dabei ist der Datenschutz nur ein Aspekt, den es bei der Entwicklung und Anwendung einer solchen Technologie zu berücksichtigen gilt. Ebenso zentral ist es, den Eingriff in bürgerliche Rechte und Freiheiten mit

2 Vgl. u. a.: Südkorea als Vorbild?, tagesschau.de, 31.3. 2020, unter: [www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-suedkorea-111.html](http://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-suedkorea-111.html).

den mutmaßlichen Vorteilen abzuwägen, denn nur weil eine App verspricht, dabei zu helfen, die Ausbreitungswege des Virus zu verfolgen, ist noch lange nicht gesagt, ob das auch genau so klappt. Zudem wäre zu prüfen, ob mögliche Funktionswanderungen der Technologie zu befürchten sind, sie also zu anderen Zwecken, nicht nur im Gesundheitsbereich, eingesetzt werden kann. Entscheiden ist also, was genau eine App aussagen würde und wie genau die erhobenen Daten auf einzelne Individuen zurückgeführt werden können. Wenn die Daten notwendigerweise sehr spezifisch und persönlich sein müssen, dann ist die Frage des Umgangs mit der Anwendung zentral. Diese ist weniger ethisch als praktisch zu sehen. Ein Bruch mit Persönlichkeitsrechten ließe sich angesichts einer festgestellten Schwere der Lage unter sehr eng umrissenen Umständen möglicherweise rechtfertigen, ein dauerhafter Betrieb aber wohl kaum.

Darüber hinaus bleibt zu bedenken, dass die Möglichkeiten einer solchen Technologie Begehrlichkeiten wecken werden, die bei einem erfolgreichen Einsatz in der Corona-Krise schwer zu beschränken sein werden, wenn es um andere Viren oder Krankheiten geht. Gelänge es, Krankheits- und Seuchenbekämpfung aus dem Ausnahme- in einen Dauerzustand zu überführen und Apps dieser Art als Teil einer Prävention und insofern als Alltagstechnik einzuführen, wäre das eine ungute Entwicklung. Davor ist zu warnen, denn schon jetzt ist klar, dass der Markt für körpervermessende Apps und Technologien riesig ist und sich neben anderen vor allem Google hier sehr stark engagiert (vgl. Nosthoff/Maschewski 2019). Eine Pandemie als Einfallstor für global verbreitete Technologien zum Abschöpfen sehr intimer Daten zum Zwecke der Optimierungs- und Lösungsideologien des Silicon Valley (vgl. ebd.; sowie Nachtwey/Seidl 2017) wäre verhinderbar. Das heißt aber, gerade jetzt eben nicht den einfachen Weg zu gehen, sondern einmal mehr nachzudenken, worum es gerade geht und was man dafür konkret braucht und dringend haben muss. Der Ausnahmezustand kann ohne Weiteres dazu genutzt werden, Überwachung auszuweiten. Corona hat einen anderen Alltag in unser Leben gebracht, das wird sich wieder ändern, ohne Frage, aber Technologien, die aus Sicht der Überwacher sinnvoll sind, werden bleiben. Denn es gibt immer etwas zu überwachen. Und wenn darüber Beziehungen zwischen Menschen gepaart mit Krankheiten sichtbar werden, dringt diese Überwachung in Bereiche vor, die so bisher nur erahnbar war.

Angesichts der weiten Verbreitung vorhandener Technologien, mit denen auch Tracking-Apps schnell einsetzbar wären, wäre es fahrlässig, diesen Weg zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht in Erwägung zu ziehen. Es wäre aber ebenso fahrlässig, sich allein auf die Technik als Heilsbringer zu verlassen, ohne eine Diskussion über Konsequenzen, Wirkungsweise und gesellschaftliche Bedingungen einer solchen Technik zu führen. Diese Abwägung muss auch in einer Ausnahmesituation wie der gegenwärtigen intensiv, wenn auch zügig und unter Einbeziehung vieler Akteure geführt werden. Klar ist auch, dass das Feld dabei nicht den üblichen Akteuren überlassen werden darf, etwa den großen Internetunternehmen, sondern andere Modelle gestärkt werden müssen, die die Gesellschaft als Bürger\*innen und nicht als Konsument\*innen (oder aus der Perspektive des Staates als gefährliche Virusträger\*innen) im Blick haben. Welche neuen Institutionen einer Gesellschaftsanalyse es braucht, um zu einem anderen Umgang mit Problemen von Überwachung und Kontrolle zu kommen, kann ich nicht absehen. Klar ist aber, dass eine solche Analyse und die sie tragenden Institutionen immer auch die eingeübten Routinen und Selbstverständlichkeiten politischer Krisenbewältigung stören sollten. Stören in dem Sinne, dass sie zur Stärkung, nicht zur Schwächung gesellschaftlicher Emanzipation und solidarischer Krisenbewältigung beitragen. Dazu gehört notwendigerweise ein Blick über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Globale Pandemien lassen sich nur mit globaler Verantwortung, Solidarität und Perspektive eindämmen und verarbeiten – in der gegenwärtigen ebenso wie vor der nächsten möglichen Krise.

## LITERATUR

- Adger, W. Neil (2000): Social and ecological resilience: are they related?, in: *Progress in Human Geography* 3/2000, S. 347–64, unter: <https://doi.org/10.1191/030913200701540465>.
- Amborn, Hermann (2016): *Das Recht als Hort der Anarchie. Gesellschaften ohne Herrschaft und Staat*, Berlin.
- Armstrong, David (1995): The rise of surveillance medicine, in: *Sociology of Health & Illness* 3/1995, S. 393–404.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.
- Bonß, Wolfgang (2015): Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienzbegriffs, in: Endreß, Martin/Maurer, Andrea (Hrsg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen*, Wiesbaden, S. 15–32.
- Buzan, Berry/Waever, Ole/de Wilde, Jaap (1998): *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder.
- Deutscher Bundestag (2013): Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012, Drucksache 17/12051, 3.1.2013, unter: <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/503/50323.html>.
- Egbert, Simon (2017): Siegeszug der Algorithmen? Predictive Policing im deutschsprachigen Raum, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 32–33/2017, unter: [www.bpb.de/apuz/253603/siegeszug-der-algorithmen-predictive-policing-im-deutschsprachigen-raum](http://www.bpb.de/apuz/253603/siegeszug-der-algorithmen-predictive-policing-im-deutschsprachigen-raum).
- Endreß, Martin/Rampp, Benjamin (2014): Resilienz als Prozess transformativer Autogenese. Schritte zu einer soziologischen Theorie, in: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 2/2014, unter: DOI: 10.6094/behemoth.2014.7.2.834.
- Engels, Anita (2020): Ist die Coronakrise vergleichbar mit der Klimakrise?, *Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN)*, 3.4.2020, unter: [www.cen.uni-hamburg.de/about-cen/news/11-news-2020/2020-04-03-klimawandel-pandemie.html](http://www.cen.uni-hamburg.de/about-cen/news/11-news-2020/2020-04-03-klimawandel-pandemie.html).
- Ferguson, Andrew Guthrie (2017): *The Rise of Big Data Policing*, New York.
- Gordeeva, Daria (2020): Wenn Watchdogs schlafen, in: *Medienrealität (Blog)*, 3.4.2020, unter: <https://medienblog.hypothesen.org/9414>.
- Hall, Kevin/Wolf, Meike (2019): Whose crisis? Pandemic flu, «communication disasters» and the struggle for hegemony, *Health*, 20.11.2019, S. 1–17, DOI: 0.1177/1363459319886112.
- Häckermann, Andreas (2020): Soziologisches zur Pandemie I, *Soziopolis*, Online-Portal, 27.3.2020, unter: [www.soziiopolis.de/lesen/presse/artikel/soziologisches-zur-pandemie-i/](http://www.soziiopolis.de/lesen/presse/artikel/soziologisches-zur-pandemie-i/).
- Harari, Yuval Noah (2020): The world after coronavirus, in: *Financial Times*, 20.3.2020, unter: [www.ft.com/content/19d90308-6858-11ea-a3c9-1fe6fedcca75](http://www.ft.com/content/19d90308-6858-11ea-a3c9-1fe6fedcca75).
- Haude, Rüdiger/Wagner, Thomas (2019): *Herrschaftsfreie Institutionen. Texte zur Stabilisierung staatsloser, egalitärer Gesellschaften [1999]*, Heidelberg.
- Holling, Crawford S. (1973): Resilience and Stability of Ecological Systems, *Annual Review of Ecology and Systematics*, S. 1–23.
- Kunz, Karl-Ludwig/Singelstein, Tobias (2016): *Kriminologie*, 7. Aufl., Bern.
- *Le Monde Diplomatique* (2010): Karte: Schengenraum: Tote an der Außengrenze, *Online-Karten-Archiv*, unter: [https://monde-diplomatique.de/karten/jpg/lmd\\_588.jpg](https://monde-diplomatique.de/karten/jpg/lmd_588.jpg).
- Lobe, Adrian (2020): Mit Big Data gegen Corona: Weniger Datenschutz für mehr Seuchenschutz?, in: *Medienwoche*, 19.3.2020, unter: <https://medienwoche.ch/2020/03/19/mit-big-data-gegen-corona-weniger-datenschutz-fuer-mehr-seuchenschutz/>.
- Nachtwey, Oliver/Seidl, Timo (2017): Die Ethik der Solution und der Geist des digitalen Kapitalismus, *IFS Working Paper 11/2017*, unter: [www.ifs.uni-frankfurt.de/wp-content/uploads/lfs-WP-11.pdf](http://www.ifs.uni-frankfurt.de/wp-content/uploads/lfs-WP-11.pdf).
- Niekisch, Manfred (2020): Mehr als ein Virus, in: *Frankfurter Rundschau*, 4./5.4.2020, S. 14.
- Nosthoff, Anna-Verena/Maschewski, Felix (2019): *Die Gesellschaft der Wearables*, Berlin.
- Opitz, Sven (2016): Regulating epidemic space: the nomos of global circulation, in: *Journal of International Relations and Development* 19, S. 263–284.
- Opitz, Sven (2020): Man kann Angst nicht mit Macht verbieten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.3.2020, S. 9.
- Pausch, Robert/Raether, Elisabeth/Ulrich, Bernd (2020): Plötzlich Elite. In der Krise offenbart sich: Systemrelevant sind die Unterbezahlten. Wie das Virus die soziale Frage neu aufwirft, in: *Die Zeit*, 2.4.2020, S. 3, unter: <https://epaper.zeit.de/article/50d3d8cea71cc191b939109f8c30706e4260508e3cfdab8a2386f864666e-3be3>.
- Schwarz, Adam/Crocker, Andrew (2020): Governments Haven’t Shown Location Surveillance Would Help Contain COVID-19, *Electronic Frontier Foundation*, 23.3.2020, unter: [www.eff.org/deeplinks/2020/03/governments-havent-shown-location-surveillance-would-help-contain-covid-19](http://www.eff.org/deeplinks/2020/03/governments-havent-shown-location-surveillance-would-help-contain-covid-19).

- Settele, Josef/Spangenberg, Joachim (2020): «Die Wahrscheinlichkeit von Pandemien steigt mit der zunehmenden Vernichtung von Ökosystemen», RiffReporter, Interview, 23.3.2020, unter: [www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/pandemie-interview-settele-spangenberg/](http://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/pandemie-interview-settele-spangenberg/) oder unter: [www.de-ipbes.de/de/Interview-mit-Prof-Josef-Settele-zur-Corona-Krise-2001.html](http://www.de-ipbes.de/de/Interview-mit-Prof-Josef-Settele-zur-Corona-Krise-2001.html).
- Sigrist, Christian (1994): *Regulierte Anarchie. Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften Afrikas* [1967], Hamburg.
- Thießen, Malte (2014): Seuchen im langen 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.): *Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert*, Historische Zeitschrift, Beiheft 64, S. 7–28.
- Thießen, Malte (2020): «Wir sind Opfer unserer medizinischen Erfolge», Interview mit Malte Thießen über Seuchen und Impfen in der Moderne, 31.3.2020, unter: [https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/seuchen\\_und\\_impfen\\_thiessen](https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/seuchen_und_impfen_thiessen).
- Welsh, Marc (2014): Resilience and responsibility: governing uncertainty in a complex world, in: *The Geographical Journal* 1/2014, S. 15–26, DOI: 10.1111/geoj.12012.
- Wimmer, Barbara (2020): Wie wir mit Big Data die Corona-Krise bewältigen können, *Futurzone*, 29.3.2020, unter: <https://futurezone.at/netzpolitik/wie-wir-mit-big-data-die-corona-krise-bewaeltigen-koennen/400791776>.
- Zurawski, Nils (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle. Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, Opladen, unter: [www.surveillance-studies.org/zurawski/?p=1152](http://www.surveillance-studies.org/zurawski/?p=1152).
- Zurawski, Nils (2018): Imaginäre Geographien, Sicherheitsreflexe und Freiheitsversprechen, in: Schwell, Alexandra/Eisch-Angus, Katharina (Hrsg.): *Der Alltag der (Un)Sicherheit. Ethnographisch-kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Sicherheitsgesellschaft*, Berlin.
- Zurawski, Nils (2020): Der totale Unterhaltungsstaat. Überwachung im digitalen Zeitalter. Über Konsum, KI und nicht nur digitale Domestiken, in: *Zeitschrift für Semiotik* (im Erscheinen).